

gangen werde. Den Zustand, daß zwei Drittel der Menschheit heute unter menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen, bezeichnete der Erzbischof von Olinda und Recife, *Dom Hélder Câmara*, als „Schande des Jahrhunderts“. Auffallend war seine klare Distanzierung vom Kommunismus, dem man jedoch nicht mit dem „neuen Nazismus“ lateinamerikanischer Prägung begegnen könne. Der Ritus des symbolischen Brotbrechens und des anschließenden Verteilens unter der Zuhörerschaft zählte zu den beeindruckenden Szenen dieser Veranstaltung. Daß die Diskussion über den Welthunger nicht reine Theorie blieb, zeigt das im Rahmen der „Operation Reisschale“, dem freiwilligen Verzicht amerikanischer Katholiken auf eine Mahlzeit pro Woche, erzielte Ergebnis von 5 Millionen ersparter US-Dollar, die Hungernden zugute kommen sollen.

Die größten Gegensätze in den Auffassungen brachte (vgl. „America“, 21. 8. 76) das *Symposium über Freiheit und Gerechtigkeit*. Bei diesem Treffen wies der Substitut im Päpstlichen Staatssekretariat, Erzbischof *Giovanni Benelli*, auf die Rolle der Kirche als Gewissen der Menschheit hin. Die Katholiken seien verpflichtet, denen zu helfen, die ohne Recht und Freiheit leben müssen. Dies sei kein Aufruf zu Nationalismus und Revolution, sondern ein Aufruf, den Menschen zu helfen, das ihnen bestimmte Ziel zu erreichen. Die Katholiken müßten sowohl Ungerechtigkeiten gegen die Rechte Gottes als auch gegen die Menschenrechte anprangern und beseitigen helfen. Als Verletzung der Gottesrechte nannte er Pornographie, Rauschgift-handel, Abtreibung und das Verdrängen Gottes aus der Zivilisation (NCNS, 4. 8. 76).

Dem Fürstenpaar von Monaco wurde die – von vielen nicht verstandene – Ehre zuteil, auf einem Symposium den Wert eines christlichen Familienlebens heute darzustellen. Den nach Meinung eines französischen Journalisten „allzu klassischen Darlegungen der Aufgaben der Familie“ (La Croix, 7. 8. 76), wie sie insgesamt bei dieser Sondertagung anzutreffen waren,

stellte der katholische Bostoner Theologe *James Young* einen Gegenakzent gegenüber, als er überraschend die Problematik der Ehescheidung, soziologische und psychologische Überlegungen dazu und kritische Anmerkungen an die kirchliche Praxis vortrug. Unruhe war nicht zu überhören.

Insgesamt fällt es schwer, ein einheitliches Urteil über den Kongreß abzugeben. Die verschiedenen Elemente des amerikanischen Katholizismus waren vertreten, mal mehr die traditionellen, mal mehr das spontane. Wieder einmal zeigte sich, daß die Amerikaner in sozialen Fragen überraschend weit gehen, während im kirchlich-theologi-

schon gebremst wird. Zwar war der zahlenmäßig kleinen *Catholic Traditionalist Movement* die Teilnahme offiziell untersagt worden, aber das dieser Bewegung verwandte Element, geschart um Erzbischof Fulton Sheen, war dennoch präsent, wenn auch nicht immer bestimmend. Die Passage in der Ansprache von Präsident *Gerald Ford* über den Schutz des Lebens entsprach der augenblicklichen Stimmung der Katholiken der USA ebenso wie die in der direkt aus Bolsena übertragenen Ansprache von Papst *Paul VI.* enthaltene Ermutigung, unbeirrt Zeugnis im Geiste gegenseitiger Liebe zu geben, zum Zeichen, daß sie wirklich Jünger Christi sind. N.S.

Spaniens Kirche im Wandel des Regimes

Der jahrelange Streit zwischen Spanien und dem Vatikan um die Revision des Konkordats aus dem Jahr 1953, ein Streit, der zu Lebzeiten Francos keine Aussicht auf eine Einigung hatte, wurde nach einer kürzeren Verhandlungsphase durch die Initiative des spanischen Königs Juan Carlos beendet. Durch den von ihm öffentlich angekündigten Verzicht auf das Vorschlagsrecht bei der Benennung der spanischen Bischöfe ermöglichte er ein Abkommen mit dem Apostolischen Stuhl, das am 23. Juli im Vatikan durch Kardinal *Villot* und dem spanischen Außenminister *Oreja Aguirre* unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen, in dem die Kirche ihrerseits auf das Privileg der strafrechtlichen Immunität der Bischöfe, Priester und Ordensleute verzichtet, stellt einen ersten Schritt zur Lösung aller mit der Revision des Konkordats anstehenden Fragen dar. Nach einem offiziellen Kommentar von „Ecclesia“ (7./14. 8. 76) sollen weitere Teilrevisionen folgen. Von einer En-bloc-Revision scheint man inzwischen in gegenseitigem Einverständnis Abstand genommen zu haben.

Konkordatsänderung

Die Positionen in dieser Frage, bei der es um Macht-Privilegien einerseits

(wie die Präsenz der spanischen Kirche im spanischen Ständeparlament, das Vorschlagsrecht des spanischen Regierungschefs bei der Benennung von Bischöfen) und um erhebliche finanzielle Vorteile andererseits ging, hatten sich durch das sozialpolitische Engagement der Arbeiterpriester im Raum Bilbao und Barcelona, nicht zuletzt aber durch die öffentlichen Stellungnahmen der spanischen Bischofskonferenz – insbesondere ihrer liberalen Mehrheit, die sich um den Madrider Kardinal *Enrique y Tarancon* gruppierte – bedenklich verhärtet. Zum äußeren Eklat zwischen Papst Paul und General Franco war es unmittelbar vor dessen Tod gekommen anläßlich der trotz weltweiter Proteste vollzogenen Hinrichtung fünf politischer Häftlinge in Barcelona. Sein Nachfolger, König *Juan Carlos*, dagegen zeigte unmittelbar nach seinem Regierungsantritt im Rahmen seines Reformprogramms eine weitreichende Verhandlungsbereitschaft mit dem Vatikan. Mit seinem Verzicht auf das „patronato real“, das Vorschlagsrecht des staatlichen Herrschers bei der *Besetzung der Bischofsstühle* in Spanien (in den letzten Jahren hatte man dieses Recht durch Ernennung von – in dieser Klausel nicht erfaßten – Auxiliarbischöfen zu umgehen versucht), das auf die Zeit Isabellas der Katholischen zu-

rückging, gab der spanische König am 27. Juli 1976 den *ersten Anstoß für weiterreichende Konkordatsänderungen* und das grundsätzliche staatliche Einverständnis für eine künftige Unabhängigkeit von Kirche und Staat. Die Neufassung des Konkordats, die zur Zeit unmittelbar vor der Veröffentlichung steht, wird eher Kompromißlösungen als radikale Neuerungen bringen. Sie sieht zwar äußerlich die Trennung von Kirche und Staat vor, aber von einem offiziell *katholischen* Staat mit katholischer Staatsreligion aus, in dem das soziale Engagement der katholischen Kirche weder bekämpft noch geduldet, sondern öffentlich anerkannt wird, ohne daß die Kirche die bisherige finanzielle Unterstützung des Staates im Bildungs- und Sozialbereich verlieren soll.

Neudefinition kirchlicher Aufgaben

Auf dem Hintergrund dieser wichtigen innenpolitischen wie kirchlichen Veränderungen in Spanien gewinnen *zwei Dokumente*, die in den Monaten Juni und Juli durch spanische Bischöfe und Theologen veröffentlicht worden waren und die heutige Orientierung der spanischen Kirche sehr offen zum Ausdruck bringen, verstärkte Beachtung. Es handelt sich einmal um das von einer *theologischen Experten-gruppe innerhalb der Bischofskonferenz* am 1. Juni 1976 veröffentlichte Grundsatzdokument zur Neu-Definition der kirchlichen Aufgabe im Rahmen eines modernen, demokratischen Staates (Titel: *Afirmaciones para un tiempo de búsqueda*; vgl. Wortlaut in *HD-Hechos y Dichos*, Juli/August 1976), mit dem die Verfasser nicht nur den spanischen Katholiken, sondern auch den Angehörigen der Weltkirche eine Orientierungs- und Verhaltensnorm geben wollen. Das zweite Dokument, eine Stellungnahme der *Sozialkommission der spanischen Bischofskonferenz*, die weniger grundsätzlich, sondern praktisch ausgerichtet ist, datiert vom 9. Juli 1976 (vgl. Wortlaut in „*Ecclesia*“, 24. 7. 76) und stellt bereits eine erste innerkirchliche Anwendung des Grundsatzdoku-

ments auf die spezielle Situation in Spanien dar. Der Titel (das Dokument ist in sozial-wissenschaftlichem Stil abgefaßt, nicht streng theologisch in der Terminologie wie das Grundsatzdokument) lautet: „*Orientaciones cristianas sobre participación política y social*“ (Christliche Orientierungshilfen für die aktive Mitwirkung des einzelnen im politischen und sozialen Bereich). Seine Verfasser, meist jüngere Bischöfe, die in ihren Diözesen im Baskenland und in Katalanien unmittelbar von den angesprochenen Problemen betroffen sind, versuchen eine Anleitung zu demokratischem Verhalten für die demokratie-entwöhnten Spanier zu geben und nehmen Stellung zu heiklen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Arbeitskampf, Streikrecht, Unabhängigkeit der Gewerkschaften und Agrarreform.

Das *Grundsatzdokument*, dessen Verfasser, wenn auch nicht ohne „Furcht und Zittern“, zu einer harten, klaren Sprache greifen, geht auf diese Einzelprobleme nicht ein, übt aber dafür unmißverständlich Kritik an den Mißständen der politischen Vergangenheit und Gegenwart Spaniens. Eine gewisse Widersprüchlichkeit des Textes, die nicht nur in der sehr vorsichtig formulierten Einleitung deutlich wird, sondern den gesamten Text durchzieht, liegt in dem doppelten Versuch, die *kirchliche Aufgabe durch eine grundsätzliche Beschränkung auf den religiösen Bereich im engeren Sinne nach außen hin abzusichern*, gleichzeitig aber auch ihre Ausrichtung auf die soziale wie politische Problematik der modernen demokratischen Gesellschaft in den Vordergrund zu rücken. Als Ziele der Veröffentlichung, die sich im ersten Teil auf theologische Definitionsfragen beschränkt und erst im Mittel- und Schlußteil abwechselnd religiöse, soziale und politische Themen behandelt, nennen die Verfasser eine zeitgemäße innerweltliche Situierung der Kirche, die Betonung christlicher Grundsätze und Grundwerte und die kirchliche Distanzierung von den „historischen Zweideutigkeiten der jüngeren spanischen Vergangenheit“. Das Dokument enthält aktuelle, in ihrer Auswirkung auf die spanische Innenpolitik kaum über-

schätzbare Aussagen zur *Unvereinbarkeit zwischen Christentum und totalitären politischen Systemen*, seiner Unvereinbarkeit mit dem Kapitalismus einerseits und dem Kommunismus andererseits, auch wenn die in früheren Erklärungen lateinamerikanischer Bischöfe häufig genannten theoretischen Parallelen zwischen Evangelium und modernen Sozialbewegungen keineswegs verschwiegen werden.

Der zentrale Handlungsgrundsatz für die Kirche ist eindeutig formuliert: „Weil sich die Kirche gegenüber der menschlichen Geschichte nicht völlig indifferent verhalten kann – war es doch in dieser Geschichte, in der sich die Erlösung durch Christus, sein Tod und seine Auferstehung überhaupt abspielen konnte –, deshalb kann sie sich auch nicht so hinstellen, als sei sie jenseits aller menschlichen Probleme. Aus ihrer eigenen Perspektive und in der Erfüllung der ihr eigenen Aufgabe... muß sich die Kirche mit all ihrer Kraft gegen die Kräfte wehren, durch die dem Menschen Unrecht zugefügt und die Verständigung der Menschen untereinander verhindert wird. Die Kirche kann einfach nicht neutral bleiben, wenn es um Ausbeutung, Unterdrückung, Tyrannei und Totalitarismus geht.“

Vielmehr sollen sich die Christen, so die spanischen Bischöfe, für *Meinungsfreiheit und demokratische Pluralität* einsetzen, sie sollen zwar die Identifikation mit einer bestimmten politischen Gruppe meiden und weder für die Gruppe der Herrschenden noch für die revolutionäre (linke) Gruppe politisch kämpfen, dafür aber mit der *Soziallehre der Kirche* im praktischen Leben Ernst machen und verhindern, daß das sozialkritische Engagement der Kirche unversehens einer tendenziösen politischen Umfunktionierung zum Opfer fällt. Absatz 15 enthält eine ausführliche Auseinandersetzung mit der historischen Koppelung von Kirche und Faschismus in Spanien, mit den Gefahren des Katholizismus als Staatsreligion und eine scharfe Distanzierung von der eigenen Vergangenheit der spanischen Kirche.

Absatz 19 und 20 betonen die Wichtigkeit der *Unabhängigkeit der Kirche*, insbesondere ihrer höchsten Repräsentanten (Bischöfe) im *politischen* Bereich. Nur auf der Grundlage völliger Freiheit, so heißt es, könne die Kirche für den Menschen befreiend wirken, könne sie „der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit gleichermaßen als Stimulus und als Medium der Kritik dienen“.

„Klare, solide Standpunkte“

Besonders deutlich wird die Kritik an den – durch das *Konkordat* konser-

vierten – „Traditionen und viel zu starken Zügen einer mittelalterlichen Gesellschaft“ in Absatz 20, der aber auch eine Warnung für die allzu linken Priester und für die rechtskonservativen Bischöfe enthält. Insgesamt wird das Bild einer Kirche gezeichnet, die sich ihrer Gefährdung und ihrer Identitätskrise voll bewußt ist, nicht mehr so privilegiert, so mächtig wie früher, dafür aber von einer sympathischen Offenheit. Es ist eine moderne Kirche in einem traditionsbeladenen Land, eine Kirche, die sich „durch sich selbst und durch ihre klaren, soliden Standpunkte wieder Anerkennung und Stabilität verschaffen“ will.

R.B.-U.

Kirchliche Basisgemeinschaften in Ostafrika

Auf ihrer Vollversammlung vor drei Jahren hatten sich die in der AMECEA (Association of Member Episcopal Conferences in Eastern Africa) zusammengeschlossenen Bischofskonferenzen von Kenia, Malawi, Tansania, Uganda und Sambia mit den Planungen in der Kirche Ostafrikas für die nächste Zukunft befaßt. Damals galt ihr Hauptaugenmerk der Heranbildung von einheimischem Personal für die verschiedenen Bereiche des kirchlichen und sozialen Lebens der Region. Schon bald aber drängte sich ein weiteres Thema in den Vordergrund: die Bildung christlicher Gemeinschaften am Ort, und zwar innerhalb und außerhalb der bestehenden kirchlichen Strukturen. Deshalb entschloß man sich schon vor einiger Zeit, dieser Thematik eine eigene Konferenz zu widmen.

Ein Lob Kenyattas

Dies geschah auf der sechsten Vollversammlung der Bischöfe der AMECEA, vom 13. bis 23. Juli in der Hauptstadt Kenias, in Nairobi. Anwesend waren zwei Kardinäle, über 50 Erzbischöfe und Bischöfe und mehr als 50 eigens geladene Gäste und Beob-

achter aus anderen afrikanischen Ländern sowie aus Übersee. So bemerkenswert sicherlich die Teilnahme von Vertretern der großen Missionswerke und von Beobachtern nichtkatholischer und sogar einer islamischen Gemeinschaft war, so bedauerlich und im Grunde unverständlich blieb angesichts des Themas die Tatsache, daß neben den zehn Rektoren von großen Seminarien und den Abgesandten der Ordenskonferenzen *lediglich fünf Laien* mit dabei waren. Auch die *Abwesenheit der Bischöfe des Mitgliedslandes Uganda* bedeutete eine erhebliche Beeinträchtigung der gemeinsamen Arbeit und Planung. Wie es hieß, seien die Bischöfe Ugandas „aus eigenem Entschluß“ nicht gekommen. Kenner der Lage in Uganda und besonders der Stimmung nach der israelischen Geiselnbefreiung und der daraus folgenden Konfrontation mit dem Nachbarland Kenia schenken dieser Version natürlich wenig Glauben. Immerhin konnte der derzeitige Vorsitzende von AMECEA, Bischof *James Odongo* von Mbalde in Uganda, als einziger Vertreter seines Landes an dem Treffen teilnehmen. Er wurde auch als Präsident wiedergewählt. Nach der Vollversammlung ließ Kardinal *Maurice*

Otunga von Nairobi auf einer Pressekonferenz während des 41. Eucharistischen Weltkongresses in Philadelphia übrigens durchblicken, daß es „in gewisser Weise wahr“ sei, daß Präsident *Idi Amin* von Uganda es darauf anlege, die katholische Kirche des Landes zu zerschlagen: „Er sagt es nicht in so vielen Worten. Es ist nicht so sehr das, was er sagt, sondern was er tut. Er hat die christliche Führungsschicht in seinem Land ausgebootet.“ Gleichzeitig sprach der Kardinal von einem Ansteigen der Sympathie für Israel in Kenia, allerdings in der Hauptsache auf der Ebene des Humanitären. Kenia versuche, fair zu jedem seiner Nachbarn zu sein (NC News Service, 5. 8. 76).

Aufsehen erregte Präsident *Kenyatta* mit seiner Eröffnungsrede, die stellvertretend für ihn vom Landwirtschaftsminister verlesen werden mußte (vgl. DIA, 2. 8. 76). Er lobte die Konferenz, daß sie sich darum bemühe, Menschen aus so vielen ostafrikanischen Ländern für die Diskussion gemeinsamer Probleme zusammenzubringen: „Dies zeigt, daß ein solcher Schritt möglich ist, wenn guter Wille und gute nachbarschaftliche Gefühle vorhanden sind. Es demonstriert auch, daß gemeinsame Probleme Vorrang vor nationalen Differenzen verdienen.“

Auch er sprach von Schwierigkeiten mit Nachbar Amin. Mehr überrascht war man aber, daß er es nicht bei Höflichkeiten beließ, sondern *zum Thema selbst* sprach. *Kenyatta* verwies auf den „nicht zu übersehenden Platz der kleinen Gemeinschaften in der Gesellschaft von Kenia“. Er nannte sie das „Rückgrat der Nation“ und fügte hinzu: „Wenn sie fest im Geiste sind, ist auch unsere Nation stark. Deshalb bemüht sich meine Regierung, diesen kleinen Gemeinschaften durch Schulen, Straßen, Ambulanzen, Kooperative, Kleinindustrie usw. eine bessere Entwicklung zukommen zu lassen ... Wir müssen alle zusammenstehen ... in jeder Gemeinschaft innerhalb der Nation – einschließlich der Kirchen, die immer den Geist der Zusammenarbeit in unserem Land gefördert haben. Wir haben ‚Harambee‘ als unser nationales Motto. Es bedeutet ‚zusammenhalten, zusammenstehen‘.“ *Den Kirchen*